

KW1 Sachsens Kommunen bewegen und zukunftsfest gestalten – entschlossen, mutig, voller Zutrauen und Zuversicht

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.03.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Kommunalwahl 2024

Antragstext

1 Bündnisgrüne Kommunalpolitik steht für lebenswerte Städte, Gemeinden und
2 Landkreise, in denen Menschen gut und sicher leben können. Wir betreiben eine
3 vorausschauende Politik, die in Zeiten großer Herausforderungen Stabilität und
4 Sicherheit schafft und unsere Gesellschaft zukunftsfest aufstellt. Die kommunale
5 Ebene ist der Ort, wo die Auswirkungen von Krisen und versäumter Vorsorge
6 durchschlagen und für die Bürger*innen konkret spürbar und greifbar werden.
7 Kommunen sind gleichzeitig auch Orte des Handelns und der Umsetzung: Vor Ort
8 entstehen die Windräder und Ladesäulen, um die Abhängigkeit von fossilen
9 Rohstoffen zu überwinden und unser Klima zu schützen. Hier verteidigen wir auf
10 der Straße und in den kommunalen Räten unsere Demokratie gegen Angriffe rechter
11 Hetzer*innen. Hier wachsen die Kinder auf, denen wir mit guter Bildung gleiche
12 Chancen bieten wollen. Hier finden Begegnungen, Integration und Inklusion statt,
13 die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

14 Global denken, lokal Handeln – dieses Prinzip leitet uns BÜNDNISGRÜNE bereits
15 seit unserer Gründung. Es lässt sich kaum besser versinnbildlichen, als in der
16 Gleichzeitigkeit von Kommunal- und Europawahl in Sachsen. Wir Grüne stehen für
17 starke Kommunen in einem handlungsfähigen Europa, das ein besonderes Augenmerk
18 auf kommunale Bedürfnisse legt und die kommunale Gestaltungsfreiheit verteidigt.
19 Denn der Erfolg des EU Green Deal entscheidet sich vor Ort: mit lokalen
20 Projekten für Klimaschutz und -anpassung schaffen wir es, uns gemeinsam auf den
21 Weg zum klimaneutralen Kontinent zu machen. Gleichzeitig wird die Europäische
22 Union für Kommunen immer wichtiger. Die meisten unserer kommunalen
23 Entscheidungen sind längst von der EU-Gesetzgebung betroffen, beispielsweise in
24 der Vergabe, im Dienstleistungsbereich oder bei Vorgaben für saubere Luft und
25 sauberes Wasser. Ob in Brüssel oder vor Ort in Sachsen - wir Grüne ziehen an
26 einem Strang

27 Mehr als 300 Menschen vertreten seit 2019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsens
28 Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen und Stadtbezirksbeiräten. Ob als Mitglied
29 einer starken Fraktion in den großen Städten, als Einzelkämpfer*innen in den
30 Räten von Gemeinden, Klein- und Mittelstädten oder als Beigeordnete in den
31 Rathäusern - wo wir in Verantwortung sind, liefern wir Ergebnisse. Mit
32 Entschlossenheit und Mut, Zutrauen und Zuversicht engagieren sich GRÜNE
33 Kommunalpolitiker*innen, um vor Ort praktische Lösungen zu finden, die auch die
34 globalen Herausforderungen unserer Zeit mitdenken und machen so Stück für Stück
35 ihre Kommune lebenswerter. Durch die von uns im sächsischen Koalitionsvertrag
36 erkämpften Verbesserungen für mehr Bürger*innenbeteiligung und Transparenz sowie
37 im Kommunalrecht hinsichtlich der Rechtsstellung von Ratsmitgliedern
38 beispielsweise bei der Fraktionsfinanzierung und bei Akteneinsichten gerade in
39 kleineren Kommunen haben wir die kommunale Demokratie gestärkt.

40 Bei den nächsten Kommunalwahlen wollen wir unsere Ergebnisse daher weiter
41 verbessern. In den großen Städten – Leipzig und Dresden – streben wir an, wieder

42 stärkste Kraft zu werden. In den Kreistagen wollen wir erneut und noch
43 zahlreicher in Fraktionsstärke einziehen und perspektivisch auch bündnisgrüne
44 Beigeordnete in den Landratsämtern stellen. Im ländlichen Raum wollen wir unsere
45 Mandate flächendeckend ausbauen, sodass kein*e kommunale*r Mandatsträger*in mehr
46 allein für eine ökologische und zukunftsgewandte Politik streiten muss.

47 Für die Umsetzung unserer inhaltlichen Ziele gehen wir Bündnisse in Form von
48 Fraktionsgemeinschaften, sachbezogenen Mehrheiten in den Räten oder gemeinsam
49 mit zivilgesellschaftlichen Kräften ein. Diese lösungsorientierte Zusammenarbeit
50 mit Verbänden und Bürger*innen-Initiativen wie auch parteiübergreifend mit allen
51 Demokrat*innen, macht uns stark. Gegenüber Rechtsextremen und
52 Rechtspopulist*innen bilden wir standhaft und glaubwürdig den Gegenpol, während
53 öffentlich proklamierte Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsziele anderer Parteien
54 und Wählervereinigungen Lippenbekenntnisse bleiben. So wurden wir in den letzten
55 Jahren vielerorts Zeug*innen gemeinsamer Abstimmungen wie auch inhaltlicher
56 Annäherungen von demokratischen Parteien an politische Positionen
57 verfassungsfeindlicher Kräfte in Sachsens kommunalen Räten.

58 Rückenwind erhält GRÜNE Kommunalpolitik aus der Landes- und Bundespolitik, die
59 wir in Regierungsverantwortung mitgestalten sowie von der europäischen Ebene, wo
60 die Weichen auf Transformation stehen, angetrieben von unserer GRÜNEN
61 Europafraktion. Wo einst starre Rahmensetzungen den kommunalen Handlungsraum
62 verengten und lähmten, haben wir nun im Land und im Bund für Beweglichkeit und
63 Bewegung gesorgt, die es Kommunen ermöglichen, noch aktiver ihre Zukunft zu
64 gestalten. Kommunen können sich entscheiden, abweichend von der 1000-Meter-
65 Abstandsregel Windkraftanlagen zuzulassen und zudem selbst von den Einnahmen
66 daraus profitieren. Sie haben die Möglichkeit endlich wieder eigene Satzungen
67 für kommunalen Baumschutz zu erlassen. Dank neuer Forschungsinstitute und den
68 „Orten der Demokratie“ ebenso wie durch mehr Transparenz und Fördermittel für
69 Beteiligung werden demokratische Strukturen vor Ort gestärkt. Wir haben
70 Gemeinschaftsschulen ermöglicht, damit Kinder länger gemeinsam lernen können.
71 Mit dem sächsischen Gleichstellungsgesetz fördern wir die kommunale
72 Gleichstellungsarbeit.

73 Damit die Menschen in Sachsen von diesen neu gewonnenen Möglichkeiten
74 profitieren, braucht es weiterhin starke Bündnisgrüne vor Ort, die
75 Zukunftsprojekte in den Kommunen voranbringen. Zu den Kommunalwahlen im Frühjahr
76 2024 in Sachsen treten wir mit vielen erfahrenen sowie neuen Kandidat*innen mit
77 Entschlossenheit und Mut sowie einer klaren politischen Zukunftsagenda an, um
78 mit noch mehr Kraft in den Kreistagen, Gemeinde-, Stadt- und
79 Stadtbezirksbeiräten den sozial-ökologischen Wandel in Sachsen zu gestalten.

80 Klimaneutrale Zukunft gestalten

81 Aktiver Klimaschutz ist der Markenkern bündnisgrüner Politik. Wir setzen uns
82 dafür ein, dass Sachsens Kommunen ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser
83 Klimaziele leisten und zugleich Maßnahmen zur Anpassung an die stattfindende
84 Erderwärmung ergreifen. Klimaschutz ist für uns kein Selbstzweck, sondern
85 Voraussetzung für die Sicherung von Lebensqualität und ein Baustein hin zu mehr
86 sozialer Gerechtigkeit.

87 Wir bringen die Energiewende vor Ort voran und setzen uns für einen massiven
88 Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Solarthermie ein. Mit der Entwicklung und
89 Umsetzung von Energie- und Klimaschutzkonzepten für Kommunen und Regionen wollen

90 wir Energiesicherheit schaffen und ein klimagerechtes Leben und Wirtschaften vor
91 Ort ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsens Städte und Gemeinden
92 die Möglichkeiten nutzen, flexibel, auch abweichend von der 1000 Meter-
93 Abstandsregel, Windparks zu planen und direkt von den Einnahmen des
94 Stromverkaufs aus Erneuerbaren Energien zu profitieren. Wir wollen, dass
95 Kommunen bei der Nutzung von Sonnenenergie mit der Nutzung ihrer eigenen
96 Dachflächen vorangehen. Menschen vor Ort sollen an der Energiewende beteiligt
97 werden. Wir BÜNDNISGRÜNE kämpfen mit ihnen für die Etablierung von
98 Bürger*innenenergie und Erzeuger*innengemeinschaften.

99 Wirksamer Klimaschutz umfasst auch die Wärmewende. Hier liegt der regenerative
100 Anteil des Energieverbrauchs erst bei 15 Prozent. Neben dem erhöhten Einsatz von
101 erneuerbarer Energie spielt dabei vor allem die Senkung des Energiebedarfs durch
102 energetische Sanierung von Gebäuden eine wichtige Rolle. Durch klimafreundliches
103 Bauen wollen wir Energieeinsparpotenziale ausschöpfen, die sowohl dem
104 Klimaschutz als auch den kommunalen Haushalten nützen. Wir machen uns stark für
105 Kommunen, die Neubau- und Sanierungsprojekte mit höchsten energetischen
106 Standards angehen. Dies stärkt die lokale Bauindustrie und das Handwerk, die
107 unerlässliche Partner in der Energie- und Wärmewende darstellen. Mit kommunalen
108 Dachkatastern für Photovoltaik und Solarthermie beschleunigen wir den Umstieg
109 auf Erneuerbare Energien. Wir setzen auf Kreislaufwirtschaft in regionalen
110 Bündnissen und wollen durch ein verstärktes Baustoffrecycling erreichen, dass
111 klimasensible Landschaften nicht mehr dem Rohstoffabbau zum Opfer fallen müssen.

112 Wir wirken darauf hin, dass Kommunen sich mit intelligenter Stadtplanung und
113 Begrünungsoffensiven auf die Klimaerwärmung bestmöglich vorbereiten, um Städte
114 vor Überhitzung in Hitzephasen zu schützen. Programme für Dach- und
115 Fassadenbegrünung sowie eigene Baumschutzsatzungen und Baumpflanzprogramme
116 sollen für grüne Städte und Gemeinden sorgen, die Schatten und saubere Luft
117 bieten. Bei Bebauungsplänen und Flächenplanungen achten wir besonders auf die
118 Berücksichtigung von Frisch- und Kaltluftschneisen, die das Klima verbessern.
119 Auf Ereignisse wie Starkregen bereiten wir uns durch mehr Wasserrückhalteflächen
120 in den Städten vor.

121 Natürliche Lebensgrundlagen schützen

122 Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten ist eine existenzielle Bedrohung für
123 eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten. Der Schutz von Natur und Umwelt
124 hat daher für uns Priorität bei Entscheidungen zur Nutzung und Gestaltung von
125 Flächen. Weil praktischer Naturschutz am besten vor Ort funktioniert, liegt
126 darauf ein Hauptaugenmerk bündnisgrüner Kommunalpolitik.

127 Anstatt immer neue Flächen in Anspruch zu nehmen und damit wertvolle Grünflächen
128 und Naturräume zu zerstören, wollen wir alle Möglichkeiten zur Nachnutzung und
129 Reaktivierung von Brachflächen ausschöpfen und Neuversiegelung auf Netto-Null zu
130 reduzieren. Als Grundlage fordern wir dafür verbindliche und transparent
131 einsehbare Flächenkataster.

132 Bäche und Flüsse, Teiche und Seen sind Lebensräume für zahlreiche Tiere und
133 Pflanzen sowie Orte für Freizeit und Erholung. Wir Bündnisgrüne sind
134 Wächter*innen über deren Schutz vor umweltschädlichen Eingriffen sowie die
135 Einhaltung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Beim Thema Hochwasser gilt
136 für uns: natürlichen Flusslauf schützen statt Mauern und Beton!

137 Wir wollen Lebensräume für Insekten, Lurche, Reptilien, Vögel und Säugetiere in
138 Stadt und Land schaffen und erhalten. Die Anwendung von Pestiziden wie Glyphosat
139 lehnen wir ab – sowohl auf unseren Äckern, als auch auf kommunalen Flächen. Wir
140 machen uns für insektenfreundliche Blühflächen in Parks, entlang von Straßen und
141 am Feldrand stark.

142 Auch unsere Wälder müssen sich dem Klimawandel anpassen. Dafür unterstützen wir
143 Aufforstungen und den ökologisch sinnvollen Waldumbau, hinzu naturnahen,
144 klimaresilienten Mischwäldern. Wir fordern flächendeckend eine vielfältige und
145 ökologische Bewirtschaftung von Wäldern nach Umweltschutzstandards wie FSC, die
146 Naturschutz und Wirtschaftlichkeit zusammenbringen.

147 Immer mehr Kommunen folgen dem Zero-Waste-Ansatz zur Reduzierung von Abfall und
148 Stärkung von Rohstoffkreisläufen und schonen damit Umwelt und Ressourcen. Wir
149 unterstützen lokale Initiativen und Projekte wie Reparaturcafés,
150 Unverpacktläden, Pfandsysteme und Sharing Economy-Geschäftsmodelle, die zur
151 Vermeidung von Müll beitragen. Wir stärken das Handwerk, denn es ist
152 unverzichtbares Fundament dafür, dass Roh- und Wertstoffkreisläufe, von der
153 Reparatur von Geräten bis hin zum Recycling von Baustoffen, funktionieren.

154 Mobilität klimagerecht, sicher und für alle organisieren

155 Der Verkehrssektor weist erhebliche bislang ungenutzte Einsparpotenziale bei
156 klimaschädlichen Emissionen auf, die wir für einen konsequenten Klimaschutz
157 endlich ausschöpfen müssen. Wir setzen alles daran, die Verkehrswende voran zu
158 bringen. Unser Anspruch ist ein Verkehrswesen, das sowohl dem Klima als auch den
159 verschiedenen Bedarfen und Voraussetzungen z.B. von Jung und Alt, in Stadt und
160 Land gerecht wird. Unser Ziel ist eine Gleichberechtigung der Verkehrsarten,
161 sodass niemand auf ein eigenes Auto angewiesen sein muss.

162 Dafür setzen wir auf einen gut ausgebauten, bezahlbaren Öffentlichen
163 Personennahverkehr für Stadt und Land. Besonders wichtig dafür ist eine
164 auskömmliche Finanzierung, um Angebote sicherzustellen und bedarfsgerecht
165 auszubauen. Außerdem müssen die Verkehrsbetriebe als attraktive Arbeitgeberinnen
166 wahrgenommen werden, um dem vorherrschenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken.
167 Nachfrageorientierte Angebote wie Stadtbusse und flexible Konzepte, z.B. App-
168 gesteuerte Sammeltaxis, können Bus und Bahn sinnvoll ergänzen. Langfristig
169 sollen auch Angebote des Autonomen Fahrens etabliert werden. An
170 Verkehrsknotenpunkten wollen wir Mobilitätsstationen mit ÖPNV-Anschluss, Car-
171 Sharing, Park & Ride sowie sicheren Fahrradabstellanlagen ausbauen.

172 Immer mehr Menschen erledigen ihre Wege mit dem Rad und tun damit etwas Gutes
173 für die Umwelt und für ihre Gesundheit. Damit sie sicher unterwegs sind, fordern
174 wir, dass sich alle sächsischen Kommunen der bundesweiten Städte-Initiative für
175 mehr Tempo 30 anschließen und Radwege verstärkt auszubauen. Voraussetzung dafür,
176 dass verfügbare Fördermittel von Bund und Land für den Radwegbau genutzt werden
177 können, ist ausreichend Personal für deren Planung in den kommunalen
178 Verwaltungen. Damit das Rad für noch mehr Menschen eine alltagspraktische
179 Alternative ist, stoßen wir – ergänzend zur Landesförderung, die sich an
180 Unternehmen und Institutionen richtet – kommunale Förderprogramme für
181 Lastenfahrräder für Privatpersonen an.

182 Den motorisierten Verkehr wollen wir durch die Förderung von E-Mobilität
183 klimafreundlicher gestalten. Sächs*innen, die im Alltag auf das Auto angewiesen

184 sind, soll durch eine dichte Infrastruktur von Ladesäulen der Umstieg aufs E-
185 Auto ermöglicht werden. Mit Investitionen in E-Busse erreichen wir auch im
186 Nahverkehr Schritt für Schritt mehr Klimaschutz.

187 Gesundes Essen aus der Region auf den Tisch

188 Das allgemeine Bewusstsein für eine nachhaltige, gesunde Ernährung wächst
189 stetig. Im Zuge zunehmender Unsicherheit über Lieferketten gewinnt das
190 Regionalitätsprinzip bei der Herstellung von Nahrungsmitteln an Bedeutung. Uns
191 ist es wichtig, dass von diesem für Klima- und Umweltschutz positiven Trend die
192 regionale Landwirtschaft profitiert und dass gesundes Essen für alle bezahlbar
193 ist.

194 Wir setzen uns für mehr ökologische und tierwohlorientierte Landwirtschaft in
195 kleinbäuerlichen und alternativen Strukturen ein, wie beispielsweise
196 solidarische Landwirtschaft, und wollen diese durch finanzielle Anreize etwa bei
197 der Verpachtung von Flächen oder der Gewerbesteuer fördern. Auch in den Städten
198 wollen wir das Potenzial landwirtschaftlicher Nahrungsmittelproduktion zum
199 Beispiel in Aquaponikanlagen, vertikalen Gärten und durch die Umsetzung des
200 Konzeptes der „Essbaren Stadt“ heben. Für die Stärkung des fairen Handels
201 initiieren wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen die Bewerbung
202 weiterer sächsischer Städte als Fairtrade Town.

203 Regionale Produktionskreisläufe und Einkaufsgewohnheiten nützen dem regionalen
204 Wohlstand, der Gesundheit und der Umwelt. Wir schätzen den Wert des regionalen
205 Lebensmittelhandwerks, dessen Erhalt wir fördern wollen. Um entlang der
206 Produktionsketten vom Acker bis auf den Teller alle zu vernetzen und weitere
207 Ideen vor Ort für eine klimafreundliche, gesunde und faire Ernährung gemeinsam
208 mit Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen, initiieren wir vor
209 Ort Ernährungsräte.

210 Ob in der Kita, der Schule oder im Pflegeheim – wir machen uns für hohe
211 Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung stark, um Nachhaltigkeit,
212 Gesundheit, Frische und Regionalität zu fördern. Die Kriterien der Deutschen
213 Gesellschaft für Ernährung (DGE) sollen bei der Auftragsvergabe in den Kantinen
214 öffentlicher Einrichtungen als Mindeststandards gelten. Wenn erforderlich,
215 sollten Kommunen die Zertifizierung von regionalen Essenanbietern finanziell
216 fördern. So ermöglichen wir Kindern den Zugang zu gesundem Essen. Wir setzen uns
217 dafür ein, dass kein Kind wegen eines geringen Familieneinkommens vom
218 gemeinsamen Essen in Kita- und Schule ausgeschlossen ist.

219 Kommunen, die für alle vorsorgen

220 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Politik der Solidarität und sozialen
221 Gerechtigkeit. Eine starke Daseinsvorsorge vom ÖPNV-Angebot über Sportstätten
222 bis hin zum Krankenhaus, verlässliche Unterstützungsangebote für Menschen mit
223 Hilfebedarf oder in schwierigen Lebenslagen und gesellschaftlicher Zusammenhalt
224 bilden die Voraussetzung dafür.

225 In vielen Regionen Sachsen brauchen wir eine bessere medizinische Versorgung,
226 damit die Menschen sich mit ihren Problemen und Sorgen aufgehoben fühlen und
227 auch kurzfristig gut versorgt sind. Qualitativ hochwertige Versorgung und
228 Wohnortnähe wie auch ein Ausbau von mobilen und digitalen Angeboten sind uns
229 dabei wichtig. Dazu stehen den Kommunen Möglichkeiten wie die Gründung von
230 kommunalen Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren zur Verfügung. Wir

231 schlagen außerdem vor, dass sich benachbarte Kommunen in Gesundheitsregionen
232 zusammenschließen und durch Kooperationen und Koordination von verschiedenen
233 medizinischen Angeboten in der Region Synergien nutzen. Mitarbeiter*innen in der
234 Gesundheitsversorgung wollen heute nicht mehr als Einzelkämpfer*innen sieben
235 Tage in der Woche eine Praxis betreiben, sondern als Team und in fachlicher
236 Kooperation arbeiten. Diese guten Bedingungen wollen wir besonders dort
237 schaffen, wo heute die Versorgung nicht mehr gut ist. Die flächendeckende
238 Versorgung mit Notaufnahmen und Krankenhäusern ist eine Aufgabe der
239 Daseinsfürsorge. Dies muss sichergestellt werden. Dort wo private Krankenhäuser
240 aus der Versorgung aussteigen und Versorgungslücken entstehen, braucht es eine
241 klare Verantwortung für Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

242 Wir wollen unsere Kommunen fit für die Digitalisierung machen und drängen auf
243 einen beschleunigten Breitbandausbau. Darauf sind Unternehmen ebenso angewiesen,
244 wie ihre Mitarbeitenden, um durch mobiles Arbeiten und Homeoffice berufliche und
245 familiäre Pflichten besser vereinbaren zu können. Die Corona-Pandemie hat
246 gezeigt: funktionierende digitale Systeme tragen zu krisenfesten Strukturen bei
247 und senken den Personalaufwand in Verwaltungen. Für Bürger*innen sind digitale
248 Ämter zudem oftmals nutzerfreundlicher und sparen Zeit und Wege. Dass es dafür
249 ein hohes Maß an Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen braucht, haben
250 wir dabei im Blick.

251 Jede*r hat das Recht auf Wohnen. Dort, wo bezahlbarer Wohnraum knapp wird,
252 drängen wir auf die Errichtung von Sozialwohnungen durch die Kommune, um gutes
253 Wohnen für alle, unabhängig des Einkommens, zu ermöglichen. Dabei setzen wir auf
254 Modernisierung von Bestandsimmobilien und energetische Sanierung, denn dies
255 spart Flächen, senkt die Wohnkosten und stärkt das lokale Handwerk. Wir machen
256 uns für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und
257 alternative Wohnformen stark. Wo überhöhte Mieten im Ballungsraum auf Leerstand
258 im Umland treffen, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärken,
259 um gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu fördern.
260 Hier spielt besonders eine gute Verkehrsanbindung der umliegenden Ortschaften an
261 Ober- und Mittelzentren eine wichtige Rolle. Für von Obdachlosigkeit betroffene
262 Personen sind Kommunen in der Verantwortung, Unterkünfte zur Verfügung zu
263 stellen. Dabei wollen wir die Würde der betroffenen Menschen schützen, indem wir
264 von Sammelunterkünften weg und hin zu einem geregelten Leben in dauerhaft
265 gesicherten Wohnungen (Housing-First) kommen.

266 Solidarität bedeutet für uns, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen – sei es
267 z.B. bei häuslicher Gewalt, Suchtproblemen oder ungewollter Schwangerschaft –
268 Hilfe und Beratung erhalten. Diese sicherzustellen und für eine auskömmliche
269 Finanzierung zu sorgen, ist kommunale Aufgabe. Dort wo eine gute
270 Beratungsinfrastruktur an Entfernungen und fehlenden Fachkräften zu scheitern
271 droht, wollen wir digitale und mobile Angebote zur Anwendung bringen. Oft ist
272 schon das Zusammenkommen mit Gleichgesinnten eine Hilfe. Deshalb kämpfen wir für
273 die Einrichtung und den Erhalt von soziokulturellen und Familienzentren. In
274 vielen Bereichen der sozialen Arbeit leisten Ehrenamtliche einen unverzichtbaren
275 Beitrag für die Allgemeinheit. Diesen wertzuschätzen und zu würdigen, auch aber
276 nicht nur durch die Erstattung von Kosten und Aufwand, ist das Mindeste, was wir
277 als Zeichen aus den Verwaltungen erwarten.

278 Attraktive Bedingungen für Alltags- und Freizeitgestaltung wie auch Schutz und
279 Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche sind kommunale Pflichtaufgabe. Wir haben

280 ein wachsames Auge auf die Arbeitsfähigkeit der Jugendämter, um sicherzustellen,
281 dass sie in der Lage sind, ihrem Auftrag zur Abwendung von und zum Einschreiten
282 bei Kindeswohlgefährdungen nachzukommen. Wir setzen uns dafür ein, dass es
283 flächendeckend Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork
284 gibt. Das ist einerseits gesetzlicher Anspruch und andererseits wichtig als
285 Präventionsarbeit im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes. Gleichzeitig sind
286 Angebote der öffentlichen Hand elementar zur Stärkung demokratischer Strukturen,
287 denn wo sie wegbrechen, nutzen rechte Kräfte die entstehenden Lücken für die
288 Verbreitung antidemokratischen Gedankenguts. Wir wollen, dass Kinder und
289 Jugendliche in ganz Sachsen bei der Gestaltung ihrer Lebensräume aktiv
290 mitbestimmen und in selbstverwalteten Jugendräumen Demokratie und Verantwortung
291 praktisch erleben und erlernen können.

292 Sport ist Gesundheitsförderung, Begegnung und stärkt die Bindung junger Menschen
293 an ihre Region. Wir sehen den enormen gesellschaftlichen Beitrag, den
294 Sächs*innen im Ehrenamt in Sportvereinen leisten und wollen ihnen dafür
295 bestmögliche Bedingungen z.B. durch gute Möglichkeiten für Fortbildung sowie
296 eine Anerkennungskultur bieten. Wir setzen uns für eine solide Finanzierung von
297 Breiten- und Spitzensport ein. Beim Bau und der Modernisierung von Sportstätten
298 achten wir besonders auf Aspekte energetischer Sanierung, so schonen wir das
299 Klima und senken langfristig Betriebskosten für Kommunen und Vereine.

300 Die Freiwilligen Feuerwehren sind eine elementare Säule für die Sicherheit sowie
301 den Brand- und Katastrophenschutz im ländlichen Raum. Wir setzen uns dafür ein,
302 deren Ausstattung zu verbessern, attraktive Weiterbildungsmöglichkeiten zu
303 bieten und durch geeignete Förderung die Nachwuchsgewinnung zu unterstützen.

304 Gute Bildung von Anfang an und lebenslang

305 Ein guter Zugang zu Bildung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und
306 individuellen Voraussetzungen, ist entscheidend für eine gerechte und
307 Gesellschaft. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität.

308 Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz hängt für uns mit der Verfügbarkeit von
309 Kitaplätzen in Wohnortnähe zusammen und ist untrennbar verbunden mit einer guten
310 Betreuungsqualität. Denn eine gute Kita-Betreuung ist Voraussetzung für die
311 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Freistaat hat mit der Bereitstellung
312 zusätzlicher Mittel für die Jahre 2023/2024 für Personal- und Betriebskosten
313 Kommunen finanziell entlastet. Nun sollten die Kommunen sich bemühen, attraktive
314 Arbeitsplätze in den Kitas und Horten anzubieten und in die Ausbildung von
315 Erzieher*innen zu investieren, um das dafür erforderliche Personal zu halten und
316 zu gewinnen.

317 Wir haben erreicht, dass der Freistaat durch eine Änderung des sächsischen
318 Schulgesetzes den Weg für Gemeinschaftsschulen und Oberschulen Plus freigemacht
319 hat. Wo sich Initiativen zur Gründung von Gemeinschaftsschulen bilden, begleiten
320 wir diese, um an möglichst vielen Orten in Sachsen längeres gemeinsames Lernen
321 möglich zu machen. Unser Ziel ist eine vielfältige und moderne
322 Bildungslandschaft, zu der auch Schulen in freier Trägerschaft einen wichtigen
323 Beitrag leisten, insbesondere dort, wo staatliche Schulen vor Ort fehlen. Die
324 Bereitstellung und Ausstattung von Schulgebäuden obliegen den Kommunen. Wir
325 Bündnisgrüne kämpfen für moderne Gebäude, die Lust zum Lernen machen, ein gutes
326 Raumklima und flexible Raumkonzepte bieten, um eine Anpassung an sich ändernde
327 Rahmenbedingungen etwa durch größere oder kleinere Klassen zu ermöglichen. Eine

328 moderne digitale Ausstattung von Schulen, Schülerschaft und Lehrkräften muss
329 schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden, damit Sachsens Schüler*innen
330 fit sind für die Kompetenzanforderungen der Digitalisierung. Wir fordern die
331 Einhaltung von Schulhausbauleitlinien, die neben pädagogischen Standards auch
332 ökologische und Klimaschutzkriterien sowie Barrierefreiheit als Ziel haben.

333 Wir verstehen Bildung als einen lebenslangen Prozess und wollen Bildungsorte für
334 Erwachsene wie Mehrgenerationenhäuser und Volkshochschulen dafür bestmöglich und
335 modern ausstatten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag im Bereich der
336 politischen und ökologischen Bildung und versetzen erwachsene Menschen
337 verschiedenen Alters in die Lage, mit den rasanten gesellschaftlichen und
338 technologischen Entwicklungen unserer Zeit Schritt zu halten.

339 Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken

340 Vielfalt ist eine gesellschaftliche Realität, die wir Bündnisgrüne als Stärke
341 für die Gestaltung einer für alle Menschen lebenswerten Zukunft sowie für den
342 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft begreifen. Wir wollen, dass alle Menschen
343 in Sachsen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer Herkunft
344 oder Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung und mit oder
345 ohne Behinderung friedlich zusammenleben und respektvoll miteinander umgehen.

346 Dies erfordert den Abbau von Vorurteilen und von diskriminierenden Strukturen
347 sowie ein aktives Einbinden verschiedener Perspektiven und Fähigkeiten in die
348 kommunalpolitische Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in Kreistagen, Stadt-
349 und Gemeinderäten sowie in Beiräten und Ausschüssen Menschen mit
350 Vielfaltsmerkmalen vertreten sind, um ihre Perspektiven einzubringen.

351 In ganz Sachsen begehen wir Bündnisgrüne zusammen mit der LSBTIQ*- Community und
352 anderen demokratischen Kräften alljährlich die CSD-Saison und kämpfen für
353 Akzeptanz und gegen Diskriminierung. Damit ganzjährig Strukturen vor Ort für
354 Beratungen und für queere Bildung vorhanden sind, engagieren wir uns dafür,
355 diese in den kommunalen Haushalten abzusichern.

356 Kein Mensch ist illegal. Jeder Mensch, der nach Sachsen kommt – ob als
357 Geflüchtete*r oder als ausgebildete Fachkraft – hat einen Anspruch auf eine
358 menschenwürdige Behandlung und Unterbringung. In Orten, wo Wohnungen leer stehen,
359 sollten diese auch für eine dezentrale Unterbringung genutzt werden.
360 Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften, wo Geflüchtete unter sich sind,
361 verhindern Integration und Spracherwerb und sollen deshalb immer nur das letzte
362 Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrationssozialarbeit und
363 Integrationslots*innen mit ausreichend Personalstellen und Geld ausgestattet
364 werden. Zusätzlich unterstützen wir Ansätze, bei denen ehemalige Geflüchtete und
365 Einwander*innen selbst Hilfe für neu in Sachsen angekommene Menschen leisten.

366 Angesichts eines starken zu erwartenden Anstiegs der Zahl fehlender
367 Arbeitskräfte, sind wir auf Arbeitsmarktzuwanderung zunehmend ausgewiesen. Dafür
368 braucht es ein gesellschaftliches Klima von Weltoffenheit und Willkommenskultur
369 sowie Integrationsprogramme, die über Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse
370 hinausgehen. Kommunale Verwaltungen und Eigenbetriebe sind große
371 Arbeitgeber*innen und sollten mit gutem Beispiel vorangehen und Konzepte
372 entwickeln, die zeigen wie Arbeitsmarktintegration und Diversity-Management zur
373 Lösung der Fachkräfteknappheit beitragen können. Außerdem unterstützen wir die

374 Eigeninitiative von Handwerksbetrieben und kleinen und mittelständischen
375 Unternehmen, die aktiv um Arbeitskräfte aus dem Ausland werben.

376 Demokratie lebt vom Mitmachen

377 Als Bündnisgrüne machen wir Politik für die Menschen mit den Menschen.
378 Möglichkeiten für aktive Bürger*innenbeteiligung, Transparenz über
379 Entscheidungen politischer Gremien und offene Dialogformate sind seit jeher ein
380 zentrales Anliegen unserer Politik wie auch Anspruch an uns selbst.

381 Jede*r – unabhängig vom Geschlecht, Alter, sexueller und geschlechtlicher
382 Identität, Behinderung oder Herkunft – muss die Möglichkeit haben, sich in
383 politische Prozesse einzubringen. Um dies sicherzustellen, sollen
384 Bürger*innenbeteiligungsformate zielgruppenspezifisch, niedrigschwellig und
385 barrierefrei gestaltet sein. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen aktiv in
386 geeigneten Settings an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Schließlich
387 sind sie diejenigen, die am längsten mit den Konsequenzen von jetzt gefassten
388 Beschlüssen leben müssen, gleichzeitig aber bis zum 18. Geburtstag nicht
389 wahlberechtigt sind. Eine Absenkung des Wahlalters in Sachsen auf 16 Jahre
390 bleibt weiter unser Ziel. Darüber hinaus wollen wir mit der Einberufung von
391 Bürger*innenräten in Beteiligungsprozessen verschiedene Perspektiven und eine
392 breite gesellschaftliche Repräsentanz abbilden und einbinden. Wir fordern
393 mindestens die Hälfte der Macht für Frauen – auch in den Kommunalparlamenten –
394 und setzen uns für Maßnahmen ein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
395 mit kommunalpolitischer Arbeit besser vereinbar machen.

396 Die Möglichkeit sich einzumischen hängt maßgeblich davon ab, dass ein freier
397 Zugang zu Informationen sowie zu Ergebnissen von Beratungen und
398 Entscheidungsprozessen besteht. Eine weitere Voraussetzung ist die
399 Verständlichkeit von Unterlagen und Systemen. Wir drängen daher in den Kommunen
400 darauf, dass Ratsinformationssysteme zu verständlichen Bürger*innen-
401 Informationssystemen weiterentwickelt werden. Außerdem wollen wir
402 Transparenzsatzungen auf kommunaler Ebene einführen, nachdem der Freistaat mit
403 seinem Transparenzgesetz den Weg dafür frei gemacht hat. Kommunale Informationen
404 sollen über die sächsische Transparenzplattform veröffentlicht werden.

405 Rechtsextremismus ist ein Akt der Menschenverachtung und Herabwürdigung. Wir
406 unterstützen lokale Bündnisse gegen Rechts auf der Straße und verteidigen
407 demokratische Strukturen gegen rechtspopulistische Hetzangriffe in den
408 kommunalen Räten. Von anderen Parteien aus dem demokratischen Spektrum erwarten
409 wir eine klare Distanzierung gegenüber der AfD, entsprechend bestehender
410 Unvereinbarkeitserklärungen ihrer Bundesverbände. Dass die proklamierte
411 Brandmauer gegen Rechts in den Kommunalparlamenten immer wieder Risse bekommt,
412 beobachten wir mit Sorge. Weil Kommunalpolitiker*innen wie auch Akteur*innen aus
413 der Zivilgesellschaft, die sich rechter Hetze entgegenstellen, immer wieder
414 persönlichen Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt sind, bestehen wir auf
415 Schutz- und Beratungsangeboten von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden.

416 Wir Bündnisgrüne treten für eine lebendige Kommunalpolitik ein, die allen
417 Menschen Möglichkeiten bietet, eine lebenswerte Zukunft in ihrer Stadt, ihrer
418 Gemeinde und ihrem Landkreis aktiv mitzugestalten. Gemeinsam mit all jenen, die
419 sich für Ökologie, Freiheit, Solidarität und Humanität stark machen, wollen wir
420 gemeinsam etwas bewegen, damit Sachsen für die Herausforderungen der Zukunft gut
421 aufgestellt ist.

Begründung

erfolgt mündlich.